

Die syrische Tragödie – vom zivilen Protest zum Bürgerkrieg

In Syrien kam die Protestbewegung im Vergleich zu Tunesien, Libyen und Ägypten zunächst nur langsam in Fahrt.¹ Bei den ersten Protestaktionen fanden sich zunächst nur wenige ein, so etwa am 15. März 2011 – der seither als Beginn des Aufstandes gilt –, als eine kleine Gruppe in Damaskus Reformen forderte. Sie prägten die Slogans und den Geist der folgenden Protestwelle, als sie „Gott, Syrien und Freiheit“ (in Abwandlung des Regime-Leitspruchs „Gott, Syrien und Baschar“), „friedlich, friedlich“ und „das syrische Volk ist eins“ skandierten. Zum Fanal wurde dann die Verhaftung von 15 Kindern und Jugendlichen in der Provinzstadt Dar'a im Südwesten des Landes, die, inspiriert von den Protesten in Tunesien und Ägypten, regimekritische Parolen an eine Mauer gemalt hatten. Nicht nur wurden die jungen Menschen in Haft gefoltert, auch wurden die Demonstrierenden, die ihre Freilassung forderten, vom Gouverneur des Bezirks verhöhnt. Am 18. März 2011 wurden in Dar'a fünf friedlich Protestierende von Regimekräften erschossen und Hunderte verletzt. Als Reaktion gingen in den folgenden Tagen nicht nur in Dar'a, sondern auch in anderen Städten und Dörfern Männer, Frauen und Kinder auf die Straße, um sich solidarisch zu zeigen und gegen Polizeiwillkür, die Notstandsgesetzgebung, Korruption und Vetternwirtschaft zu demonstrieren.

Damit nahm die syrische Tragödie ihren Lauf. Präsident Baschar al-Assad diffamierte die Proteste von Anfang an als Teil einer ausländischen Verschwörung, die Zwietracht im syrischen Volk säe und vor konfessioneller Aufwiegung, Einschüchterung und Mord nicht zurückschrecke, um das Land zu schwächen. Dies gelte es mit allen Mitteln zu verhindern.² Damit begannen die Entwicklungen, wie in einem klassischen Drama, scheinbar schicksalhaft und unausweichlich auf das Ende zuzulaufen. Wie dieses Ende aussehen würde, malten regimenahe Websites und Graffiti drastisch aus: Die Alternative zu Assads Herrschaft würde kein demokratischer Übergang sondern Chaos und verbrannte Erde sein.³

Hintergründe der Proteste

Wie in Nordafrika so trieben auch in Syrien ein erhebliches Maß an Unmut über die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und mangelnde Perspektiven für die junge Bevölkerung die Proteste an. Denn trotz des beachtlichen Wirtschaftswachstums, das Syrien in den letzten Jahren verzeichnen konnte, blieb insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Die graduelle und teilweise Liberalisierung der Wirtschaft, die seit den 2000er Jahren vorangetrieben worden war, hatte die soziale Schere auseinanderklaffen lassen. Die Armut hatte – vor allem in den ländlichen Gebieten – deutlich zugenommen und Binnenmigration infolge von Dürre die sozialen Missstände weiter verschärft. Dazu kam die massive Selbstbereicherung im Umkreis der Herrscherfamilie und die Vetternwirtschaft, die Politik und Ökonomie durchzog.

Zudem galt Syrien als einer der repressivsten Staaten in der Region. Zwar war es unter Baschar al-Assad, der 2000 die Macht von seinem Vater übernommen hatte, durchaus zu einer gewissen politischen Öffnung gekommen. Doch der politische Raum blieb eng begrenzt: Nach wie vor gab es keine Wahlen mit echtem Wettbewerb – bei den Präsidentschaftswahlen konnte zum Beispiel ausschließlich der von der Baath-Partei nominierte Kandidat antreten – und keine Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit. Nach wie vor verschwanden Oppositionelle regelmäßig im Gefängnis, war die Muslimbruderschaft verboten und Mitgliedschaft in ihr mit dem Tode bedroht. Nach wie vor wurde die Volksgruppe der Kurden diskriminiert; die von ihnen bewohnten Regionen im Nordosten des Landes blieben entwicklungspolitisch vernachlässigt.

Das Entstehen einer zivilen Protestbewegung

Obwohl das Regime die Proteste durch eine Kombination aus vagen Reformversprechen, Verfassungsänderungen und massivem Gewalteininsatz einzudämmen suchte, breiteten sich diese innerhalb weniger Wochen über das ganze Land aus. Am Karfreitag 2011 gingen landesweit bereits mehrere Hunderttausend auf die Straße; über hundert starben, als das Regime Scharfschützen einsetzte. Zur Unterdrückung der Proteste griff das Regime zunehmend auch auf das Militär zurück. Die militä-

rische Belagerung von Städten, Massenverhaftungen und Folter sollten die zivile Protestbewegung gewaltsam ersticken. Wo die Truppen abgezogen wurden, gingen die Menschen jedoch erneut auf die Straße. Zudem veränderten sich die Forderungen der Protestierenden in Reaktion auf die Gewalt, die das Regime ausübte: Im Juli 2011 forderten landesweit bereits mehr als eine Millionen Demonstrierende den Rücktritt des Präsidenten.⁴

Was der Protestbewegung in Syrien, im Vergleich etwa zu der in Ägypten fehlte, war das psychologische Moment der identitätsbildenden gemeinsamen Erfahrung der Massenmobilisierung auf dem Tahrir-Platz. Denn das Regime verhinderte durch Straßensperren und Medienzensur effektiv, dass sich die einzelnen Demonstrationen verbanden und den öffentlichen Raum in der Hauptstadt Damaskus und der Wirtschaftsmetropole Aleppo eroberten. Kennzeichen der syrischen Protestbewegung war damit gerade ihr dezentraler Charakter – sie war durch eine Vielzahl kleiner, lokaler, oft sehr kreativer Aktionen geprägt⁵ – sowie der soziale Hintergrund der Protestierenden, unter denen die marginalisierte Landbevölkerung und Arbeiterinnen und Arbeiter zunächst dominierten.

Die Opposition formiert sich

Während sich die Protestbewegung innerhalb Syriens vor allem in sogenannten „Lokalen Koordinationskomitees“ und Revolutionsräten organisierte, wurde im August 2011 im türkischen Exil der Syrische Nationalrat (SNR) gegründet, der – analog zum Nationalen Übergangsrat in Libyen – als Ansprechpartner für die internationale Gemeinschaft fungieren und Unterstützung für die syrische Revolution generieren sollte. Dies gelang allerdings nur bedingt. Ausschlaggebend dafür war einerseits die Ausgangssituation in Syrien, die sich aufgrund der Lage im Zentrum der arabischen Welt und aufgrund seiner gesellschaftlichen Diversität grundlegend von der in Libyen unterschied, aber auch dadurch, dass Baschar al-Assad im Gegensatz zu Muammar al-Gaddafi mächtige Unterstützer in der Region hatte.

Andererseits geriet der SNR rasch von unterschiedlichen Seiten in die Kritik – wobei je nach Quelle andere Kritikpunkte im Vordergrund standen: Während lokale Aktivisten vor allem interne Machtkämp-

fe, die endlosen Meetings in Fünfsternehotels und die Dominanz der Exilopposition anprangerten, kritisierten andere Oppositionsbündnisse, wie das in Syrien ansässige Nationale Koordinationskomitee für demokratischen Wandel, den starken Einfluss externer Sponsoren und die Militarisierung des Aufstandes, die der SNR befürwortete. Auch waren sich die externen Unterstützer der Opposition in der im Februar 2012 begründeten sogenannten Freundesgruppe des syrischen Volkes keineswegs einig. Während etwa die Türkei und Katar die syrischen Muslimbrüder in den Oppositionsgremien zu stärken suchten, beklagten die USA, die Saudis und die Europäer deren Dominanz. Westliche Vertreter forderten zudem eine stärkere Einbindung von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie größere Transparenz.

Auf massiven amerikanischen Druck hin wurde im katarischen Doha im November 2012 mit der Nationalen Koalition der syrischen revolutionären und oppositionellen Kräfte (kurz: Nationale Koalition) ein breiter aufgestelltes Oppositionsbündnis etabliert, in dem auch die Inlandsopposition stärker repräsentiert war. Dennoch dauerten die internen Kontroversen an. Inhaltliche Divergenzen und persönliche Animositäten unter den Mitgliedern wurden dabei vor allem durch die unterschiedlichen Einflussnahmen der externen Sponsoren des Oppositionsbündnisses (etwa infolge saudisch-katarischer Rivalitäten) weiter verschärft. 2013 traten der Nationalen Koalition weitere wichtige Oppositionsgruppen bei, wie das vom Altoppositionellen Michel Kilo begründete Demokratische Forum und der Kurdische Nationalrat. Damit repräsentierte das Bündnis zwar einen Großteil der Opposition, blieb aber in wichtigen Fragen, zum Beispiel hinsichtlich der Frage von Verhandlungen mit dem Regime, zerstritten.

Die Eskalation der Gewalt und die Zunahme von Gewaltakteuren

Bemerkenswerterweise waren die Demonstrationen über Monate hinweg zunächst friedlich oder zumindest gewaltarm geblieben. Der Einsatz des Militärs zur Unterdrückung der Proteste leitete diesbezüglich jedoch eine Wende ein. Aufgrund des Schießbefehls gegen die Demonstrierenden sahen sich syrische Soldaten, darunter auch Wehrpflichtige, in Gewissenskonflikten. Eine Gruppe von Deserteuren um Riad al-

Asaad gründete Ende Juli 2011 im türkischen Exil die sogenannte Freie Syrische Armee (FSA), der sich zunächst rasch weitere Überläufer, überwiegend allerdings Zivilisten, anschlossen. Während die FSA ihre Aufgabe zunächst im Wesentlichen darin sah, Demonstrationen zu schützen, wurde bald von ihr erwartet, ganze Stadtviertel gegen Racheakte der Armee und der vom Regime eingesetzten paramilitärischen Milizen, der sogenannten Shabiha, zu verteidigen.

In Folge kam es zu einem bewaffneten Machtkampf zwischen den Aufständischen der FSA und den Regimekräften, der sich rasch zuspitzte. Die Rebellen gingen von defensiven zu offensiven Operationen über und brachten in Städten wie Homs, Hama, und Deir al-Zor ganze Stadtviertel unter ihre Kontrolle. Das Regime reagierte mit einer Ausweitung der Gewalt und dem massiven Beschuss dieser Viertel durch schwere Artillerie. Im Hochsommer 2012 starteten die FSA-Rebellen Operationen in Damaskus und Aleppo. Das Regime begann, nunmehr auch die Luftwaffe einzusetzen und von Rebellen kontrollierte Viertel mit Raketen und Kampffjets zu bombardieren. Nachdem die Rebellen im Spätherbst 2012 bedeutende militärische Erfolge verzeichnen konnten, zog sich das Regime zunächst aus Teilen des Staatsgebiets zurück. Im Sommer 2013 gewann wiederum das Regime die Oberhand, als es ihm – unter anderem mit Unterstützung von Kämpfern der libanesischen Hisbollah und schiitischer irakischer Milizen – gelang, strategische Ortschaften und Verbindungsstraßen im Westen des Landes zurückzuerobern.

Sowohl das syrische Regime als auch die Rebellen sahen sich zunehmend in einem Kampf um ihr physisches Überleben. Temporäre, lokale Waffenruhen ermöglichten der Bevölkerung vor Ort in Einzelfällen eine kurze Ruhepause und erlaubten die Verpflegung von Verwundeten, stoppten die Eskalationsspirale aber nicht. Auch alle internationalen Vermittlungsbemühungen, etwa durch die Sondergesandten von UN und Arabischer Liga, Kofi Annan (Februar–August 2012) und Lakhdar Brahimi (seit September 2012), sowie die Beobachtermissionen der Arabischen Liga (Ende Dezember 2011–Ende Januar 2012) und der UN (April–August 2012) waren diesbezüglich erfolglos.

Nach dem Einsatz von Chemiewaffen im August 2013 in einem Vorort von Damaskus, für den weithin das Regime verantwortlich gemacht wurde, sah es zunächst so aus, als ob eine Koalition der Willigen, angeführt von den USA, Frankreich und Großbritannien, Vergeltungsschlä-

ge durchführen würde. Nachdem sich allerdings das britische Unterhaus gegen die Beteiligung an einem Militärschlag aussprach, der amerikanische Kongress mehrheitlich Skepsis zum Ausdruck brachte und es auf russische Initiative gelang, Syrien zum Beitritt zur Chemiewaffenkonvention und zur Vernichtung seiner Bestände zu bewegen, blieb die Intervention aus – zur großen Enttäuschung der Rebellen und zum Missmut der arabischen Golfstaaten. Ohnehin hätte sie kaum etwas dazu beigetragen, den Konflikt einzuhegen oder der Bevölkerung effektiven Schutz zu bieten.⁶

Anfang 2014 beherrschte das Regime zwar nicht mehr den Großteil des Territoriums, in den von ihm kontrollierten Gebieten lebte aber die Mehrheit der Bevölkerung. Unterschiedliche Rebellengruppen kontrollierten Dörfer, kleinere Städte und ländliche Gebiete. Den Aufständischen war es aber nicht gelungen, eine der bedeutenden Städte vollständig und dauerhaft unter ihre Kontrolle zu bringen. Teile der kurdischen Gebiete im Norden und Nordosten Syriens wurden von der aus der PKK hervorgegangenen Partei der Demokratischen Einheit (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD) kontrolliert.⁷

Nach wie vor verfügten die Rebellen nicht über effektive zentralisierte Befehlshierarchien. Zwar schaffte die FSA im November 2012 eine zentrale Kommandostruktur unter dem Dach eines Obersten Militärrats. Eine beträchtliche Zahl vor allem der islamistisch geprägten Brigaden weigerte sich aber, sich dessen Befehl zu unterstellen, oder sagte sich im weiteren Verlauf der Kämpfe von ihm los. Zugleich waren diese Brigaden oft besser ausgerüstet, weil sie finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen, insbesondere aus den arabischen Golfstaaten, erhielten. Sie verzeichneten in Folge einen starken Zulauf. Damit stieg der Anteil der Einheiten mit islamistischer und dschihadistischer Orientierung deutlich an. Zugleich sickerten zunehmend ausländische Kämpfer aus arabischen Staaten und, wenn auch in geringerem Maße, aus dem Kaukasus und Europa nach Syrien ein.⁸ Zunehmend kam es auch auf Seiten der Aufständischen zu Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, obwohl sich führende FSA-Vertreter auf einen Ehrenkodex verpflichtet hatten.

Im April 2013 bildete sich neben der Jabhat al-Nusra, dem ersten al-Qaida-Ableger in Syrien, der bereits ab Mitte 2011 aktiv war, eine weitere al-Qaida-Filiale heraus, die sich Islamischer Staat im Irak und in der Levante (ISIL) nannte und ein islamisches Emirat auf den Staatsgebieten

des Irak und Syriens anstrebte. Doch im Gegensatz zu al-Nusra machte sich ISIL rasch sehr unbeliebt. Während die Nusra-Front aufgrund ihres Kampfgeistes, ihrer Kooperationsbereitschaft mit anderen Rebellen und ihres umsichtigen Umgangs mit der Bevölkerung ein hohes Maß an Anerkennung genoss, geriet ISIL in Verruf, weil er in den von ihm kontrollierten Gebieten eine rigide Sharia-Interpretation umsetzte, brutal gegen Aktivisten, Journalisten, religiöse Minderheiten, als Ungläubige diffamierte Bürger, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und andere Rebellengruppen vorging und den Kampf gegen das Regime hintanstellte. In Folge der Spannungen kam es ab der zweiten Jahreshälfte 2013 vermehrt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Dschihadisten des ISIL und kurdischen Einheiten sowie zwischen ISIL und anderen Rebellen. Dabei kämpften zur Jahreswende 2013/14 kurioserweise Kämpfer der Nusra-Front mit der FSA und Brigaden der Islamischen Front gemeinsam gegen ISIL.

Auswirkungen für die Zivilbevölkerung

Die Eskalation der Gewalt brachte massive Auswirkungen für die Zivilbevölkerung mit sich. Die Kriegsschäden waren immens. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion brach in Folge von Sanktionen und Kämpfen nahezu völlig zusammen. So waren im Dezember 2013 rund 60 Prozent der syrischen Erwerbsbevölkerung arbeitslos.⁹ Infolge der Luftangriffe wurden ganze Landstriche weitgehend entvölkert, ganze Stadtviertel, u. a. in den südlichen und östlichen Vororten von Damaskus, in Aleppo, Homs und Deir al-Zor, dem Erdboden gleichgemacht.

Die Aufständischen konnten die Zivilbevölkerung in den befreiten Gebieten nicht effektiv gegen Angriffe der regulären Armee, insbesondere durch die Luftwaffe und den Beschuss durch Raketen und mit sogenannten Fassbomben, schützen. Auch stellte der Staat in den umkämpften Gebieten kaum noch öffentliche Dienstleistungen (Krankenhäuser, Schulwesen, Müllbeseitigung usw.) zur Verfügung. Der Zugang zu den umkämpften Gebieten war für humanitäre Organisationen stark eingeschränkt. Dabei schnitten sowohl das Regime als auch einzelne Rebellengruppen immer wieder die Zivilbevölkerung von der Versorgung ab. 2012 ging das Regime dazu über, von Rebellen gehaltene Wohnbe-

zirke systematisch von der Außenwelt abzuriegeln und auszuhungern. Die Zahl der Todesopfer wurde Anfang 2014 auf 130.000 geschätzt.¹⁰ Hinzu kamen Zehntausende von Verletzten, Verhafteten und Vermissten. Auch die Fluchtbewegungen nahmen dramatische Ausmaße an: Im Dezember 2013 gab die UN die Zahl der registrierten (bzw. zur Registrierung vorgemerkten) syrischen Flüchtlinge bereits mit über 2,3 Millionen an. Die meisten Flüchtlinge hielten sich in den vier Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak auf. Die Zahl der Binnenflüchtlinge wurde von den UN auf über 6,5 Millionen geschätzt. 9,3 Millionen (von insgesamt rund 21 Millionen Syrerinnen und Syrern) benötigten zur Jahreswende 2013/14 humanitäre Hilfe.

Konfessionalisierung und Stellvertreterkrieg

Diejenigen, die die Werte der Revolution weiterhin hochhielten und ein demokratisches, ungeteiltes Syrien forderten, wurden durch die Eskalation der Gewalt zunehmend marginalisiert. Immer stärker wurde die Realität in Syrien durch den bewaffneten Kampf und sich herausbildende Warlord-Strukturen bestimmt. Immer stärker nahm auch die Konfessionalisierung des Konflikts zu, die durch das Regime ebenso gefördert wurde wie durch einige der externen Sponsoren der Rebellen. Damit verfestigte sich immer stärker die Wahrnehmung der Revolution als sunnitische Aufstand (unterstützt von den sunnitischen Golfmonarchien und der Türkei) gegen ein alawitisches Regime, seine schiitischen Bündnispartner (Iran, Hisbollah, die schiitisch dominierte irakische Regierung) und seine Basis im alawitischen Bevölkerungsteil. Diese Wahrnehmung wurde weiter verstärkt durch Anschläge in christlichen und alawitischen Wohnbezirken, durch Pogrome und Massaker in sunnitischen Dörfern oder Vierteln sowie durch eine teils extrem konfessionalistische Rhetorik einzelner Rebellengruppen auf der einen und der Shabiha auf der anderen Seite. Ein künftiges Zusammenleben in der syrischen Mosaikgesellschaft¹¹ wurde vor diesem Hintergrund immer schwieriger vorstellbar.

Immer offener wurden die Konfliktparteien in Syrien auch durch externe Akteure unterstützt. Die Auseinandersetzung bekam so über den internen Machtkampf hinaus den Charakter eines Stellvertreterkriegs, in dem internationale, regionale und subnationale Konflikte ausgetra-

gen wurden. Vor allem heizte der Konflikt um die regionale Rolle des Iran den Bürgerkrieg in Syrien an. Auf der einen Seite schützten Russland und China, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eigenen Umgangs mit Demokratiebewegungen und Minderheiten kein Interesse an einer Anwendung des Prinzips der Schutzverantwortung hatten, das Assad-Regime im UN-Sicherheitsrat; Russland stützte es zudem durch Handel und Waffenlieferungen. Der Iran, der mit dem syrischen Regime nicht nur einen treuen Verbündeten zu verlieren hatte, sondern die Front gegen Assad auch als Eindämmung des eigenen regionalen Einflusses und als Einfallstor zum Regimewechsel in Teheran interpretierte, half dem Assad-Regime durch sogenannte Militärberater, Finanztransfers und Energielieferungen. Die libanesische Hisbollah und schiitische irakische Milizen kämpften mit Tausenden von Kämpfern Seite an Seite mit Regimetruppen und Shabiha. Auf der anderen Seite erhielten die syrische Opposition und die Rebellen von westlichen Akteuren wie den USA, den Europäern und der Türkei ganz überwiegend politische und logistische, zum Teil auch militärische Unterstützung. Waffenlieferungen wurden seitens der US-Administration, Frankreichs und Großbritanniens zwar wiederholt angekündigt, aber nur in sehr geringem Maße umgesetzt – vor allem aus der (berechtigten) Sorge davor, dass diese in falsche Hände geraten, sprich bei den dschihadistischen Gruppierungen landen, könnten. Dies bedeutete aber auch, dass der Westen letztlich wenig dazu tat, der Opposition zum militärischen Sieg zu verhelfen, den Rebellen zu ermöglichen, die Zivilbevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten effektiv zu schützen oder die als moderat erachteten Gruppierungen zu stärken. Letztlich waren es vor allem die arabischen Golfstaaten sowie Privatleute in diesen Ländern, die finanzielle und militärische Unterstützung für die Rebellen leisteten.

Aus den instabilen Nachbarländern Irak und Libanon wurden – gemäß der Logik konfessioneller Mobilisierung – jeweils unterschiedliche Kräfte im syrischen Konflikt rhetorisch, finanziell und durch die Entsendung von Kämpfern unterstützt. Auf Seiten der Rebellen kämpften auch libanesische und irakische Sunniten – nicht zuletzt ISIL, der im Januar 2014 weite Teile der irakischen Provinz Anbar zumindest kurzfristig unter seine Kontrolle brachte. Auch auf den Libanon griffen die Kampfhandlungen wiederholt über und destabilisierten den ohnehin fragilen Staat weiter. Die Türkei, die als Gastgeberin des SNR und Operationsbasis der FSA schon früh zur Konfliktpartei wurde, sah sich durch wie-

derholte Kampfhandlungen an der syrisch-türkischen Grenze unmittelbar bedroht. Darüber hinaus verursachte die Präsenz von überwiegend sunnitischen Flüchtlingen und Rebellen im Grenzgebiet zu Syrien Probleme mit der dort ansässigen alawitischen Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der eigenen ungelösten Kurdenfrage befürchtete Ankara außerdem, dass in Syrien (neben dem Nordirak) eine weitere autonome Kurdenregion entstehen könnte, die auch separatistischen Bestrebungen in der eigenen kurdischen Bevölkerung neuen Auftrieb verleihen würde. Zunehmend sah sich das Land aber auch durch das Erstarken dschiha-distischer Gruppierungen direkt jenseits der Grenze bedroht.

Tragödie ohne Ende?

Anfang 2014 hatten sich die Prophezeiungen des Assad-Regimes weitgehend erfüllt: Syrien war ein gescheiterter und weitflächig verwüsteter Staat, dessen territoriale Einheit in Frage stand. Die Bevölkerung litt unter Krieg, Mangel und extremistischen Rebellen, die sich teils untereinander bekämpften. Externe Akteure versuchten, ihre Interessen ohne Rücksicht auf staatliche Souveränität, die lokale Bevölkerung oder den Erhalt staatlicher Institutionen durchzusetzen. Damit war Syrien eine neue Brutstätte des Dschihadismus geworden; die Kämpfe und Flüchtlingsbewegungen bedrohten die Stabilität der ganzen Region.

Allerdings war diese Entwicklung – im Gegensatz zur griechischen Tragödie – keineswegs schicksalhaft und unausweichlich, sondern eine Folge von Entscheidungen, die das Regime schon zu Beginn der Proteste fasste, vor allem, letzteren mit Gewalt und Repression zu begegnen, konfessionelle Gegensätze anzufachen und Dschihadisten, die sich heute unter anderem in der Jabhat al-Nusra und bei ISIL wiederfinden, aus dem Gefängnis zu entlassen – statt einen glaubwürdigen Reformprozess einzuleiten. Doch auch der Syrische Nationalrat und die Nationale Koalition trugen Mitverantwortung. Schließlich optierten sie, wenn auch erst in Reaktion auf die Gewalteskalation durch das Regime, für den militärischen Kampf gegen die Führung und die Eroberung von Gebieten, obwohl sie nicht in der Lage waren, die dortige Bevölkerung effektiv zu schützen. Und auch die internationale Gemeinschaft war von Verantwortung nicht frei: Nicht nur fachten die Unterstützer beider Seiten die bewaffneten Auseinandersetzungen durch diplomatischen Rück-

halt, Zusagen von Waffenlieferungen und konkrete finanzielle, logistische und militärische Hilfen an. Sie ließen es, vor dem Hintergrund ihrer unvereinbaren Interessen, auch geschehen, dass die Kämpfe immer stärker auf die Nachbarländer übergriffen, dass sich der Anteil radikaler Kämpfer dramatisch erhöhte und dass sich immer mehr ausländische Kämpfer auf den Weg nach Syrien machten. Letztlich setzte sich damit in beträchtlichen Teilen der internationalen Gemeinschaft die Sichtweise durch, dass Assad im Vergleich zu al-Qaida das kleinere Übel wäre. Doch die Tragödie war Anfang 2014 noch keineswegs zu Ende. Für die kurz- bis mittelfristige Entwicklung Syriens waren drei Szenarien plausibel. Dabei war das erste Szenario, *ein zwischen Regime und Opposition verhandelter Übergang*, aufgrund der konträren Interessen der Konfliktparteien, am unwahrscheinlichsten. Denn auch wenn im Januar 2014 unter internationaler Beteiligung Verhandlungen zwischen dem syrischen Regime und der Opposition begannen, stimmte eine Analyse der lokalen, regionalen und internationalen Interessengegensätze pessimistisch, was die Erfolgchancen der Genf-II-Konferenz anbelangte. Auch das zweite Szenario, *der militärische Sieg einer der beiden Seiten*, war aufgrund der regionalen und internationalen Involvierung eher unwahrscheinlich. Am wahrscheinlichsten war hingegen das dritte Szenario *andauernder Kampfhandlungen und einer brüchigen Verfestigung von Kriegswirtschaft und Warlord-Strukturen sowie der Fragmentierung des Landes*. Mit diesem Szenario dürfte sich auch der Trend der Radikalisierung und Konfessionalisierung fortsetzen, ebenso wie Fluchtbewegungen aus umkämpften Gebieten.

Anmerkungen

1 Dieser Beitrag beruht in Teilen auf Muriel Asseburg, Syrien: ziviler Protest, Aufstand, Bürgerkrieg und Zukunftsaussichten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg., H. 8/2013 (18. Februar 2013), S. 11–17.

2 Vgl. die Rede des syrischen Präsidenten vom 30. März 2011 vor dem syrischen Parlament. Eine englische Übersetzung findet sich unter: http://www.al-bab.com/arab/docs/syria/bashar_assad_speech_110330.htm (27.02.2014).

3 Vgl. etwa den (arabischsprachigen) Artikel von Yassin Haj Saleh zu den Slogans „al-Asad aw la ahad“ (Assad oder gar niemand) und „al-Asad aw nahraq al-balad“ (Assad oder wir brennen das Land nieder) unter: <http://www.ahewar.org/debat/show.art.asp?aid=342603> (27.02.2014).

- 4 Siehe Syrian security forces kill 19 as protesters flood streets, in: Agence France Press, 15.07.2011.
- 5 Beispielhaft vgl. etwa den YouTube-Kanal der Gruppe Massasit Matti, in deren Videoclips Baschar Al-Assad durch Handpuppen parodiert wird, unter www.youtube.com/user/MasasitMati, oder die Protestplakate aus Kafr Nabl, unter www.facebook.com/media/set/?set=a.274568635969917.64971.169122569847858&type=3 (27.02.2014).
- 6 Vgl. Muriel Asseburg, Syrischer Beitritt zur Chemiewaffenkonvention – Chance für eine verhandelte Konfliktregelung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (Kurz gesagt), 17. Oktober 2013.
- 7 Für eine regelmäßig aktualisierte Karte der umkämpften Gebiete und der Kontrolle über syrische Städte vgl. Political Geography Now, Syria Uprising Map, unter www.polgeonow.com/search/label/syria (27.02.2014).
- 8 Im Herbst 2013 wurde der Anteil von Rebellen mit islamistischer, salafistischer oder dschihadistischer Orientierung auf die Hälfte bis Zweidrittel der insgesamt rund 100.000 Aufständischen geschätzt. Vgl. etwa Syria. Nearly half rebel fighters are jihadist or hardline Islamists, says Jane's IHS report, in: The Telegraph, 15.09.2013, unter www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/10311007/Syria-nearly-half-rebel-fighters-are-jihadists-or-hardline-Islamists-says-IHS-Janes-report.html (27.02.2014). Die Zahlen sind freilich aufgrund der unübersichtlichen Situation und ständig wechselnden Koalitionen kaum zu überprüfen.
- 9 Zahlenangaben mit Ausnahme der Todesopfer nach UN-OCHA, Humanitarian Bulletin. Syrian Arab Republic, 3.–16. Dezember 2013, unter <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Syria%20Humanitarian%20Bulletin%20No%2039.pdf> (27.02.2014).
- 10 Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte, unter http://syriaahr.com/en/index.php?option=com_news&nid=1312&Itemid=2&task=displaynews#.UtPb3BAUm3Y (27.02.2014). Die Vereinten Nationen veröffentlichten im Juni 2013 vorläufig zum letzten Mal eine Statistik der Todesopfer. Sie gaben die Zahl damals mit 100.000 an.
- 11 Neben der arabischen Mehrheit und mehreren kleineren Volksgruppen (wie den Armeniern, Drusen, Tscherkessen, Turkmenen usw.) sind Schätzungen zufolge 10–15 Prozent der Bevölkerung Kurden. Rund 70 Prozent gehören der sunnitischen Konfession an; etwa 14 Prozent sind Alawiten, um die 12 Prozent Christen.